

Souveränität des Staates oder Integrität des Wassers?

Management von Wasservorkommen im Nahen und Mittleren Osten

von Prof.in Dr. Afaf Rahim

Der Nahe und Mittlere Osten mag zwar im Öl baden, doch er ist gleichsam eine der naturbedingt wasserärmsten Regionen der Welt. Wasserknappheit ist daher eines der schwerwiegendsten Probleme, mit denen sich die Region konfrontiert sieht und auch weiterhin konfrontiert sehen wird. Eine Vielzahl von Faktoren trägt zu dieser Problematik bei, so zum Beispiel das rapide Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum und, damit verbunden, ein stark gesteigerter pro-Kopf-Bedarf an Wasser für häusliche und landwirtschaftliche Nutzung. Ein Großteil des Frischwassers der Region wird in der Landwirtschaft verbraucht und spiegelt so das System von freigiebigen staatlichen Anreizen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in der Region wider. So wurde beispielsweise Saudi-Arabien durch die Subventionierung seiner Weizenproduktion in den 1990er Jahren ein bedeutender Weizenexporteur, bis fallende Ölpreise und folglich eine schwierige Haushaltslage die Reduzierung jener Subventionen nötig machten.

Darüberhinaus sind Wasserreserven an sich nicht genau prognostizierbar und es ist anzunehmen, dass die weitreichenden Schwankungen in der Verfügbarkeit von Wasser in den folgenden Jahren an Intensität zunehmen werden. Letzteres besonders auf Grund des Klimawandels, von dem man ausgeht, dass er Prognosen über die verfügbare Wassermenge weiter erschweren wird. Während es einige Möglichkeiten gäbe, die Wasservorräte der Region zu vergrößern (zum Beispiel durch Anlagen zur Wasserspeicherung, Becken-zu-Becken Wassertransfers, Entsalzung von Meerwasser, Regenwassernutzung etc.), haben die meisten Staaten der Region nicht die wirtschaftlichen Kapazitäten, um in solch kostspielige Projekte zu investieren.

Stromabwärts oder stromaufwärts

Das Wassermanagement in der Region wird verkompliziert, da die größten Flüsse – Nil, Jordan, Euphrat und Tigris – mehrere Länder durchflie-

ßen und somit multinationalen Charakter besitzen. Regelwerke zur Allokation des Wassers sind in diesem Kontext problematisch. Gibt es mehrere Anrainerstaaten, so gibt es auch Konkurrenz um die verfügbaren Wasserressourcen. Dabei hat der stromaufwärts gelegene Staat stets die Option, Wasser zu verbrauchen, welches jedoch die allgemeine Effektivität der Wassernutzung beeinträchtigen kann. Im Prinzip kann ein stromaufwärts gelegener Staat jederzeit jede verfügbare Menge an Wasser nutzen, ohne den Wasserbedarf stromabwärts zu berücksichtigen. Stromabwärts gelegene Staaten sind also hochgradig verwundbar, da sie von auswärtigem Wasser abhängig sind. Dies weckt den Eindruck der Unsicherheit, angeheizt von dem Glauben, der stromaufwärts gelegene Staat könnte in konfliktreichen Zeiten die Wasserzufuhr abstellen. Die Geschichte zeigt bereits, dass stromaufwärts gelegene Staaten tatsächlich in der Lage sind, dies zu tun. So leitete beispielsweise im Jahre 1990 die Türkei einen Monat lang das gesamte Wasser des Euphrat ab, um einen hinter dem Atatürk-Damm gelegenen Stausee zu erschaffen – und entzog damit sowohl Syrien als auch dem Irak das Wasser. Deshalb wird von Einigen argumentiert, dass die Konkurrenz um grenzüberschreitende Wasserressourcen ein Grund für den Ausbruch des nächsten Konflikts im Nahen und Mittleren Osten sein könnte.

Darüberhinaus bleibt bestehendes internationales Recht bezüglich Wasserressourcen, die von mehreren souveränen Staaten genutzt werden, vage und bietet keine solide Basis, um Wasserverteilungsabkommen durchzusetzen. Zwei sich widersprechende Prinzipien existieren im Bezug auf die internationale Frischwassergesetzgebung: Souveränität und Integrität. Während ersteres die stromaufwärts gelegenen Staaten begünstigt, da es Wasser als einen integralen Bestandteil des Staatsterritoriums begreift, bevorzugt letzteres Prinzip stromabwärts gelegene Nationen, da es sich eher auf die Integrität des Gewässers als auf die Souveränität des Staates konzentriert. Das Integritätsprinzip betrachtet den gemeinsamen Fluss daher

als Gemeinschaftseigentum aller Nationen. Allerdings berücksichtigt die Mehrheit der bestehenden Abkommen zur Wasserverteilung nicht die hydrologischen Schwankungen des Flussverlaufs, von denen angenommen werden kann, dass sie sich im Zuge des Klimawandels häufen werden.

Lösungsansätze

Analysen, die mit ökonomischen Modellen arbeiten, zeigen auf, dass die Wasserknappheit der Region durch die Anwendung einer besseren Preispolitik bekämpft werden könnte, wobei dies politisch schwierig umzusetzen sein könnte und eine transnationale Koordination von Wassermanagementpolitik erfordern würde. Auf politischer Ebene ist bereits erkannt worden, dass regionales Wasserressourcen-Management – auf Ebene der Anrainerstaaten – eine sehr viel effektivere Herangehensweise darstellen würde. Daher sind im Laufe der Jahre zwischen den verschiedenen Nationen etliche Abkommen entstanden. Einige Probleme sind jedoch nie zur Zufriedenheit aller gelöst worden. Bis zum heutigen Tag existieren keine multilateralen Abkommen, welche die Gewässer als Ganzes betreffen. Vereinzelt gibt es bilinguale Verträge (so zum Beispiel zwischen Ägypten und dem Sudan oder Jordanien und Israel). Diese sind allerdings schwierig umzusetzen, besonders da es keine höhere oder internationale Institution gibt, welche die Einhaltung kontrollieren könnte.



PROF. IN DR. AFAF RAHIM
ist Juniorprofessorin für Wirtschaft des Nahen und Mittleren Ostens am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (CNMS) an der Philipps-Universität Marburg.